

Berlin, 09.04.2020
(pd 20_20)

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
F. + 49 30 - 726 19 66 19
M. + 49 151 - 61 54 67 63
www.vbe.de

VBE fordert: Den politisch Verantwortlichen vertrauen

Zur aktuellen Situation im Vorfeld der Beratungen der Kultusministerkonferenz (KMK) erklärt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung:

„Zwischen den Polen ‚Schulschließung beibehalten‘ und ‚vollständige Öffnung der Schulen‘ sind viele Graustufen denkbar, die in der Öffentlichkeit schon diskutiert werden, bevor die Kultusministerien überhaupt zu einer Linie gefunden haben. Das führt eher zu Verwirrung und Unsicherheit. Deshalb bleiben wir dabei: Über die Regelungen für die Schulen haben nur die politisch Verantwortlichen zu entscheiden, eng koordiniert mit den wissenschaftlichen Beraterinnen und Beratern und zusammen mit den zuständigen Gesundheitsbehörden. Außerdem fordern wir weiterhin ein in der Kultusministerkonferenz abgestimmtes Vorgehen, auch wenn Sachsen sich bereits entschieden hat, nach den Osterferien den Schulbetrieb für die Abschlussklassen wieder aufzunehmen.“

Beckmann plädiert dafür, den Kultusministerinnen und Kultusministern die Zeit bis nach Ostern zuzugestehen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Auch um ein ‚Stop-and-Go‘ zu vermeiden, wobei die Schulen nach wenigen Tagen oder Wochen wieder geschlossen werden müssten, denn: „Dies wäre fatal für alle Beteiligten. Wenn man mit Schulöffnungen beginnt, sollte man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen können, diese durchhalten zu können.“

Der Bundesvorsitzende betont jedoch, dass es unabdingbare Grundforderungen gebe, die der VBE bereits seit Beginn der aktuellen Lage stets betont: „Egal, für welches Vorgehen sich die Länder entscheiden, muss genau definiert werden, welche Hygienestandards an der Schule eingehalten werden sollen und wie, welche Gruppen eine besondere Gefährdung haben und was daraus für Konsequenzen entstehen und wie Bildungsungerechtigkeiten bestmöglich vermieden oder ausgeglichen werden können. Kinder in Notlagen müssen besonders geschützt werden, u. a. indem Beschäftigte im Jugendschutz von den Ländern als ‚systemrelevant‘ eingestuft werden, wie es auch die Bundesfamilienministerin Dr. Giffey vorgeschlagen hat. Außerdem sollten Schulen in besonderen Lagen mehr Ressourcen erhalten, um durch die aktuelle Krise zusätzlich entstandene Lernunterschiede besser ausgleichen zu können und um noch mehr Bildungsungerechtigkeit zu vermeiden.“

Anne Roewer
Pressereferentin des VBE
presse@vbe.de

Der VBE ist eine der beiden großen Lehrgewerkschaften in Deutschland. Er vertritt ca. 164 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.

VBE Landesverbände

VBE Baden-Württemberg
LLV Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband
VBE Berlin
BPV Brandenburgischer Pädagogen-Verband
VBE Bremen
VBE Hamburg im DLH
VBE Hessen
VBE Mecklenburg-Vorpommern
VBE Niedersachsen
VBE Nordrhein-Westfalen
VBE Rheinland-Pfalz
SLLV Saarländischer Lehrerinnen- und Lehrerverband
SLV Sächsischer Lehrerverband im VBE
VBE Sachsen-Anhalt
VBE Schleswig-Holstein
tlv thüringer Lehrerverband